

OCP – ya ha pasado

Unsere Uni, ihre Bank, deren Geschäfte

Jetzt ist sie fertig, die OCP-Ölpipe (Oleoducto de Crudos Pesados), die mit Finanzierung der Westdeutschen Landesbank (WestLB) gebaut wurde – trotzdem geht der Widerstand der Betroffenen in Ecuador weiter, und darum müssen sie weiterhin international unterstützt werden.

Die OCP-Pipeline soll erhitztes Schweröl an die Küste Ecuadors transportieren. Ihre Trasse führt aus dem ecuadorianischen Amazonasgebiet über die Anden zur pazifischen Hafenstadt Esmeraldas – durch sieben Naturschutzgebiete, über dutzende tektonische Brüche und vorbei an sechs aktiven Vulkanen. Dabei bedroht sie unter anderem die Trinkwasserversorgung der Millionenstadt Quito.

Neben den Risiken des Pipelinebetriebs für Natur und Menschen an der Trasse zerstört die Ölförderung im Amazonasbecken die Lebensgrundlage der einheimischen Bevölkerung. Die direkten sozialen Konsequenzen für die Menschen entlang der Pipeline und in den Abbaugeländen sind besonders gravierend. Sie werden enteignet, zwangsumgesiedelt und haben Einkommenseinbußen aufgrund der Umweltschäden. Viele der in dem Gebiet lebenden Menschen sind als Indígenas oder AfroecuadorianerInnen ohnehin schon sozial und wirtschaftlich stark benachteiligt; zudem sind sie permanenter rassistischer Diskriminierung ausgesetzt.

Vonseiten des OCP-Konsortiums und der WestLB wird oft betont, dass eine Steigerung der Ölförderung wichtig für die Entwicklung Ecuadors sei. Doch zeigt die jüngste Geschichte, was von einer solchen Steigerung zu erwarten ist. So hat sich seit Beginn der Erdölförderung im Amazonasgebiet die langfristige öffentliche Auslandsverschuldung von 242 Millionen US-Dollar im Jahr 1970 auf 13,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2000 erhöht, womit Ecuador das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Lateinamerika ist. Auch die zusätzlichen Einnahmen für den Staat müssen nach einem Abkommen mit der Weltbank zu 75 Prozent in den Schuldendienst fließen, ohne dass Ecuador damit seine steigenden Schulden abbauen kann. Die Konsequenz ist, dass das Land seine Rohstoffe verbraucht, während der Gewinn an Banken in den Industrieländern fließt, ohne dass die Bevölkerung davon profitieren würde.

Im Moment drohen gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den im Ölförder-

gebiet der Pipeline lebenden Indígenas und dem Militär sowie den Sicherheitskräften der Ölfirmen. Für diese Entwicklung ist die WestLB mitverantwortlich.

Die Finanzierung der OCP ist nicht das einzige problematische Geschäft der WestLB. Sie finanziert in Venezuela ein ähnliches Projekt wie in Ecuador, während sie in Papua Neuguinea an der Finanzierung einer Goldmine auf der Insel Lihir beteiligt war, die die Lebensgrundlage der dortigen Bevölkerung zerstört und riesige Meeresgebiete verseucht hat. In Indien ermöglichte ein Kredit der WestLB den Bau eines Großstaudammes in einem Erdbebengebiet, der nun die dortige Bevölkerung in permanenter Gefahr leben lässt.

In einer Untersuchung der Kreditvergabepolitik der WestLB kommen die deutschen NGOs Südwind und Urgewald zu dem Ergebnis, dass rund 60 Prozent ihres Kreditvolumens in bedenkliche Projekte fließen. So finden sich unter den finanzierten Projekten Vorhaben in Bereichen der Öl- und Gasförderung, Bergbau und der Errichtung von Großstaudämmen, die Umwelt- oder Menschenrechtsabkommen verletzen. Teilweise stehen die Finanzierungen unter Korruptionsverdacht, sie missachten die Interessen der lokalen Bevölkerung und führen in den betroffenen Ländern zur Verschärfung der sozialen Konflikte.

Als StudentInnen stehen wir in Kontakt mit der WestLB. Viele von uns haben ein Konto bei einer der nordrhein-westfälischen Sparkassen, diese halten zurzeit 17 Prozent (bald 28 Prozent) der Anteile an der WestLB. Außerdem hat die Universität Köln als Kundin der WestLB dort das Konto, auf das wir jedes Semester unsere Semesterbeiträge überweisen.

Wir fordern von der Universität, sich eine neue Bank zu suchen, die wenigstens ein Minimum an Sozial- und Umweltstandards einhält!

Die Alternative Liste organisiert zusammen mit Fachschaften der Universität und anderen Gruppen aus Köln eine Veranstaltungsreihe, um über die Geschäfte der WestLB in Ecuador zu informieren. Die nächste Veranstaltung mit dem Film »Rio Negro: Das schmierige Geschäft der WestLB in Ecuador« von Heiko Thiele, Zwischenzeit e. V., findet am Mittwoch, den 10. Dezember, um 12 Uhr in Hörsaal H1 in der Heilpädagogischen Fakultät und um 15 Uhr in Hörsaal H80 im Philosophikum statt.

Felix Rau

Türsteherin der Metropole

Die IOM als Managerin des globalisierten Migrationsregimes



Die Pforten fest geschlossen, unbarmherziger Samariter!

Foto: Raphaela Häuser

Jedes Jahr sterben tausende von Menschen weltweit an Grenzen, da Staaten die Bewegungsfreiheit von Menschen kontrollieren und einschränken. Dabei ist Migration nicht per se unerwünscht, schließlich brauchen die Metropolen Arbeitskräfte, die auch außerhalb der »Dritten Welt« für Niedriglöhne ausgebeutet werden können. Deswegen wird im hegemonialen Diskurs strikt zwischen »legaler«, d. h. vom Staat kontrollierter und ökonomisch nützlicher, und »illegaler« Migration unterschieden, die sich staatlicher Kontrolle und ökonomischer Verwertungslogik entzieht. Die Steuerung beziehungsweise Behinderung von Migration ist Ziel des globalen Migrationsregimes.

Migrationspolitik braucht aber Ämter und Organisationen, die diese auf nationaler und internationaler Ebene in die Praxis umsetzen. Hier liegt das Tätigkeitsfeld der *International Organisation for Migration* (IOM). Diese Organisation operiert international im Auftrag und mit projektgebundener Finanzierung ihrer Mitgliedsstaaten. Als eigenständige internationale Organisation wird sie weder demokratisch noch durch ein internationales Komitee kontrolliert.

Zurzeit ist die IOM die wahrscheinlich größte Dienstleisterin für rassistische Bevölkerungspolitik weltweit. Ihr Tätigkeitsfeld umspannt alle Bereiche von regulierter Arbeitsmigration bis zu Internierungslagern; Kriterien ihrer Arbeit sind dabei Effizienz, Produktivität, Regier- und Steuerbarkeit.

Weltweit gibt es viele Beispiele für die menschenverachtenden Tätigkeiten der IOM. So betreibt die IOM für den australischen Staat seit 2001 ein Internierungslager für Flüchtlinge auf der Insel Nauru. Die ersten InsassInnen waren aus Afghanistan geflohene Menschen auf einem Schiff, das vor der australischen Küste lag und denen das Betreten des australischen Staatsgebietes verwehrt wurde. Stattdessen wurden sie in dem politisch und wirtschaftlich von Australien abhängigen Staat Nauru in ein eigens für sie errichtetes Lager unter menschenunwürdigen Umständen gepfercht. Solange die Flüchtlinge nicht abgeschoben werden können, sollen sie dort unter Mitarbeit von IOM-Angestellten und bei Bruch der internationalen Flüchtlingskonvention interniert bleiben.

Für Deutschland übernimmt die IOM die Organisation und Durchführung von so genannten freiwilligen Rückführungen. »Freiwillig« bedeutet hier, dass die Betroffenen vor die Wahl gestellt werden, entweder in ihr Herkunftsland zu gehen oder unmittelbar bzw. nach Unterbringung in Lagern oder Gefängnissen mit Gewalt aus der BRD abgeschoben zu werden. Der Vorteil »freiwilliger Rückführungen« liegt für den Staat darin, dass Flüchtlinge auch gedrängt werden können, in Kriegs- oder Krisengebiete zurückzugehen, in die sie nach internationalem Recht nicht abgeschoben werden dürfen.

Die IOM ist aber nur die technokratische Ausführerin einer rassistischen Politik, in der mit dem Ziel ökonomischer Effizienz und Regierbarkeit Menschen nach verschiedenen Kriterien diskriminiert, selektiert, schikaniert und »bewegt« werden. Diese Politik stabilisiert durch Steuerung der Ausgegrenzten die soziale Ungleichheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems und stützt sich auf den rassistischen Konsens der Menschen in den Metropolen.

Felix Rau

»Mein System kennt keine Grenzen«

Rund um den Globus machen sich täglich unzählige Menschen auf den Weg. Sie wandern in die Städte, die Nachbarstaaten oder in die EU und Nordamerika. Die einen fliehen vor Krieg, Verfolgung oder Diskriminierung, andere handeln aus ökonomischer Not: Sie sind ihrer Existenzgrundlagen beraubt, nicht zuletzt durch die nackte Gewalt des kapitalistischen Weltmarktes. Ihre Hoffnung ist es, neue Einkommensquellen aufzutun, auch um das materielle Überleben zu Hause gebliebener Angehöriger sicherzustellen. Darüber hinaus ist die Suche nach neuen Horizonten ein zentrales Flucht- bzw. Migrationsmotiv, mag es dabei um Fortbildung, Ausbrüche aus patriarchalen Strukturen oder einfach nur individuelles Glück gehen.

Viele Frauen, die flüchten, haben ihr Zuhause, ihren Sprachraum, ihre FreundInnen und Familien keineswegs leichtfertig verlassen. Sie fliehen vor sexualisierter Ge-

walt, vor politischer Unterdrückung, vor Umweltzerstörung, vor Krieg und vor geschlechtsspezifischer Armut: Frauen leisten weltweit zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, erhalten aber nur zehn Prozent des Welteinkommens und besitzen ein Prozent des Weltvermögens.

Die EU scheut keine Mühe, die unberechenbare Flucht und Migration unter Kontrolle zu bringen. MigrantInnen und Flüchtlinge werden gemäß ökonomischer Verwertungslogik aufgespalten: Auf der einen Seite stehen die, deren billige, flexible und nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitskraft erwünscht ist. Manche von ihnen verdingen sich – nicht selten ohne Papiere – als qualifizierte ExpertInnen, z. B. in der Computerindustrie. Die Mehrheit hingegen arbeitet im Niedriglohnssektor: als Feld- und BauarbeiterInnen, als Sex-, Haus- und TextilarbeiterInnen, als Küchenpersonal oder

DienstbotInnen. Als StudentIn hat man z. B. Kontakt mit MigrantInnen, die als schlecht bezahlte Reinigungskräfte den Dreck an der Universität wegwutzen, den die angehenden AkademikerInnen bei ihren geistigen Anstrengungen hinterlassen.

Auf der anderen Seite stehen die Unerwünschten, für die es keine Verwendung gibt, aus denen kein Profit geschlagen werden kann. Sie sollen nach Möglichkeit gar nicht erst einreisen. Schaffen es einige doch, so werden sie schikaniert, in Lager gesperrt oder abgeschoben. Werden ArbeitsmigrantInnen ohne Papiere erwischt, kommen sie in Abschiebehäft, noch ausstehende Lohnzahlungen gehen verloren.

Bis zu 500 000 Menschen werden jährlich aus der EU abgeschoben. Die britische Regierung hat unlängst vorgeschlagen, Flüchtlinge rund um den Globus in UN-verwalteten Lagern unterzubringen. Etwaige

Asylanträge müssten dann in diesen, nahe der jeweiligen Kriegs- und Krisenregionen errichteten Lagern gestellt werden. Entsprechend gibt es in der BRD schon seit längerem das Bestreben, Flüchtlinge während des gesamten Asylverfahrens in Lagern unterzubringen, um so die Abschiebung zu erleichtern. Ob Unterbringung in Abschiebeknästen oder Sammellagern, auf Flüchtlingsschiffen wie in Köln, ob Residenzpflicht oder Chipkartensystem, alles das soll potenzielle AsylbewerberInnen abschrecken.

Statt rassistischer Kontrolle und Ausgrenzung fordern wir das uneingeschränkte Recht auf globale Bewegungsfreiheit. Alle Menschen haben das Recht, sich dort aufzuhalten, wo immer und solange sie möchten! Wir sagen nein zu jeglicher Migrationskontrolle, zu rassistischen Kontroll- und Überwachungstechniken, zu Ab-

schiebe- und Lagerpolitik. Wir lehnen die Militarisierung der EU-Außengrenzen ebenso ab wie die gezielte Illegalisierung von MigrantInnen und rassistische Abschreckung.

Voraussetzung für rassistisches Denken und Handeln ist die Identifikation mit einer Nation und dem Nationalstaat. Wir kritisieren die völkischen Haltungen innerhalb der Mehrheit der Gesellschaft und die Konzepte einer »deutschen Leitkultur«.

- Weg mit den Abschiebeknästen!
- Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtursachen und eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen!
- Arbeits-, Gesundheits- und soziale Rechte für alle Menschen!
- Jede und jeder hat das Recht, dort zu leben, wo sie/er will!
- Kein Mensch ist illegal!



Matthias Schön
(Listenplatz 98)
Fachschaft
Regionalwissen-
schaften Ost-
asien (RWO)



Monika Euler
(Listenplatz 29)



Christian Ettwig
(Listenplatz 28)
attac campus,
Köln umsonst



Andrea Kostolnik
(Listenplatz 67)
PDS-SprecherIn-
nenrat Köln